

Dirk DUCAR, München  
Günter HEINRITZ, München

## Zur räumlichen Organisation politischer Parteien in Deutschland

Politische Parteien sind nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wichtige Instrumente der demokratischen Willensbildung. Die traditionelle Funktion der sozialen und politischen Integration ihrer Anhänger und der Artikulation ihrer Interessen sind in der zweiten Hälfte des 20sten Jahrhunderts in dem Maße in den Hintergrund getreten, in dem sich die Parteien parallel zum ständig steigenden Umfang der Staatsaufgaben immer stärker auf den exekutiven Bereich konzentriert haben. Deshalb werden sie heute eher als nationale Großorganisationen mit einem großen professionellen Apparat wahrgenommen und erscheinen als monolitische Gebilde ohne regionale Differenzierungen. Doch sollten räumliche Differenzierungen und regionale Verwurzelung deshalb nicht ausgeblendet werden, da für das Handeln ihrer Funktionsträger wie für das Ausmaß der Wählerunterstützung regionale Faktoren auch heute noch durchaus relevant sind.

### 1 Organisations- und Mitgliederstrukturen

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien wird als Ausdruck politischer Weltbilder, Kulturen oder Milieus verstanden, die von einem bestimmten, oft regional abgrenzbaren Teil der Bevölkerung geteilt werden und langfristig bestehende Überzeugungen und Verhaltensmuster jenseits individueller Interessenslagen beinhalten.

Im Gegensatz zum Wahlerfolg einzelner Parteien unterliegen ihre Mitgliederzahlen weitaus geringeren Schwankungen, was ihre Bedeutung als Indikator für langfristige gesellschaftliche Veränderungen unterstreicht. Sowohl die grundlegenden Vorstellungen, Werte und Ideen, als auch die Art und Weise, in der sich politische Kultur äußert, unterliegen einem Entwicklungsprozess, in dem Parteien Ausdruck politischer Kultur sind, diese Kultur jedoch auch prägen.

Historisch betrachtet hat das Parteiensystem und die mit ihm verbundene politische Praxis seit dem Kaiserreich immer mehr von seiner einst starken regionalen Fixierung verloren. Bereits der Erste Weltkrieg leitete einen Prozess der Entregionalisierung politischer Kultur ein, der von der Einführung des Verhältniswahlrechts in der Weimarer Republik weiter vorangetrieben wurde. Die nationalsozialistische Politik der 30er Jahre und schließlich der Zweite Weltkrieg taten ihr übriges.

Dennoch haben die Parteien der jungen Bundesrepublik an die politischen Traditionen der Parteien der Weimarer Republik angeknüpft. Die Union war in den ehemaligen Gebieten von Zentrum, Bayerischer Volkspartei und den Deutschnationalen besonders erfolgreich und entwickelte sich zu einer katholisch-konservativen Sammlungsbewegung, die SPD fand den meisten Zuspruch in den Gebieten der alten SPD und der verbotenen KPD, und die FDP gewann vor allem an den ehemaligen regionalen Schwerpunkten von DVP und DDP.

Bei den beiden großen Parteien lassen sich in den 50er und 60er Jahren die räumlichen Verteilungsmuster der Mitglieder weitgehend über die Variablen Arbeiter- bzw. Katholikenanteil erklären. Diese Größen verlieren jedoch im Verlauf der letzten 50 Jahre deutlich an Bedeutung. Der Katholikenanteil der CDU-Mitglieder fällt seit dem Ende der Ära Adenauer (1962) von 71% auf 53% (1995) und der Anteil der unter der Sammelkategorie ‚Sonstige‘ geführten, meist konfessionslosen Mitglieder steigt im gleichen Zeitraum von 1 auf 11% (für die anderen Parteien sind keine Daten über Konfessionszugehörigkeit verfügbar).

Vergleichbares gilt für die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen. Waren Anfang der 50er Jahre unter den Parteimitgliedern der SPD die Arbeiter und unter denen der CDU die Angestellten, Beamten und Selbständigen die größte Gruppe, sind 1995 die Anteile der Angestellten und Beamten unter den Parteimitgliedern nahezu gleich groß. Nur in der Berufsgruppe der Arbeiter hat die SPD und bei den Selbständigen die Union noch überdurchschnittlich viele Mitglieder.

Es läßt sich ein räumlich und sachlich differenziertes Muster von Erhalt, Erosion und Neubildung regionaler politischer Kulturen erkennen, das in einigen Gebieten einen Ansatz zur Erklärung der Mitgliederverhältnisse darstellt.

Beispielsweise bildete sich im Ruhrgebiet nach dem Zerfall des traditionsreichen nationalen Lagers, dem Verbot der hier einst starken KPD und dem Zustrom vertriebener Bergarbeiterfamilien ein sozialdemokratisches Milieu aus, das noch heute von den Mitgliederzahlen reflektiert wird.

In Bayern fand eine Homogenisierung der historisch politischen Traditionszonen statt, die mit dem Ausbau der Vormachtstellung der CSU einher

ging. Die markgräfllich-brandenburgischen Gebiete und reichsstädtischen Territorien formierten einst einen fränkisch protestantischen Korridor, der schon früh durch agrarisch kleingewerbliche und frühindustrialisierte Strukturen gekennzeichnet war. Noch bis Mitte der 60er Jahre fand dieser Sachverhalt seine Entsprechung in einem hohen Anteil an SPD-Mitgliedern in dieser Region. Heute sind diese Strukturen lediglich im nordöstlichen Teil Bayerns erhalten und auch hier konnte die CSU erhebliche Mitgliederzuwächse erzielen.

Bei der Erosion politischer Traditionen, (die in den stärker verdichteten Regionen meist weiter fortgeschritten ist als im ländlichen Raum), sind neben gesellschaftlichen Konfliktlinien, die von den Parteien aufgegriffen und geformt werden, die territorialen Strukturen der Bundesrepublik als Größe zu verstehen, die neue regionale Unterschiede hervorbringt. Die föderalen staatlichen Prinzipien haben die Bundesländer zu relativ eigenständigen Gebietseinheiten gemacht, was sich darin äußert, dass auch die national operierenden Parteien alle länderspezifische Charakteristika aufweisen.

## **2 Entwicklung der Parteimitgliedschaften in der Bundesrepublik Deutschland seit 1968**

Bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich drei Phasen unterscheiden: Zunahme in den 70er, Stagnation in den 80er und – nach anfänglichen Zuwächsen als Folge der Wiedervereinigung – deutlicher Rückgang in den 90er Jahren. Die Entwicklung der Parteimitgliederanteile an der Gesamtbevölkerung spiegelt diesen Trend noch deutlicher wieder. ①<sup>1</sup>

In einer allgemeinen Mobilisierungsphase Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre öffnen sich SPD und CDU für Bevölkerungsschichten, die bisher nicht ihrem traditionellen Klientel angehörten, und können mit diesem Wandel von Milieu- zu Volksparteien rasante Mitgliederzuwächse verzeichnen.

Die 80er Jahre sind durch den einsetzenden Rückgang der Mitgliederzahlen gekennzeichnet, der durch das Auftreten der GRÜNEN 1983 abgeschwächt wird. Besonders gravierende Verluste erleidet in dieser Periode die FDP infolge ihrer Koalitionspolitik. Nach der erneuten Koalition mit der CDU 1982 verliert sie über ein Viertel ihrer Mitglieder.

Nach der Wiedervereinigung bildet sich schnell ein einheitliches gesamtdeutsches Parteiensystem heraus, wobei die etablierten Westparteien mit

---

<sup>1</sup> Die Verweise ①–⑥ beziehen sich auf den Kartenteil im Anhang.

verschiedenen ehemaligen Massenorganisationen, Bürgerbewegungen, Wahlbündnissen und Listenvereinigungen der DDR fusionieren.

In den 90er Jahren setzen sich die Verluste von Union, SPD und FDP im Westen fort. Von den etablierten Parteien können allein die GRÜNEN Mitglieder hinzugewinnen. Die PDS gewinnt im Westen zwar in geringem Umfang Mitglieder, bleibt aber die im Osten verhaftete Regionalpartei, auch wenn sie dort kontinuierlich Mitglieder verliert. CDU und FDP übernehmen hier zunächst die Mitglieder der Blockparteien, von denen sich eine bedeutende Anzahl als Karteileichen entpuppt. Auch nach der Karteeinigung 1991 verzeichnen sie hier drastische Verluste, während SPD und DIE GRÜNEN stagnieren. ②

Neben den rückläufigen relativen und absoluten Mitgliederzahlen sind weitere Strukturmerkmale der Mitgliedschaft der Parteien von Bedeutung, die dieses Bild ergänzen. Mitglieder aller Parteien zeichnen sich durch höhere Bildung und überdurchschnittliches Einkommen aus, mit einem Anteil von 30%–40% der Mitglieder sind Frauen – bei wachsenden Quoten – weiter unterrepräsentiert. (Ausnahme ist die PDS mit 48% Frauenanteil in den neuen Bundesländern). Die mittleren Altersgruppen machen bei allen Parteien den Löwenanteil der Mitglieder aus, und es ist ein Trend zur Überalterung zu erkennen, was auf einen fortgesetzten Mitgliederschwund in der Zukunft schließen läßt.

Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts wird einerseits als deutliches Zeichen für eine Krise des Parteiensystems und der einzelnen Parteien verstanden, auf der anderen Seite wird diskutiert, ob die Mitgliederpartei ihre Funktion im politischen System verliert und andere Formen der Interessensvertretung und aktiven Partizipation ihr den Rang streitig machen. Für die Beantwortung der Frage, ob von einer Krise oder der Transformation des Parteiensystems gesprochen werden kann, ist es entscheidend, ob die Funktionen der Parteimitgliedschaft für die Parteiendemokratie von anderen Institutionen übernommen werden kann oder nicht. Neben der Parteienfinanzierung über Mitgliedsbeiträge und der Mitwirkung an der innerparteilichen Personalrekrutierung haben die Mitglieder der Parteien auch eine wichtige Vermittlerfunktion zwischen Parteispitze und Wählerschaft. Sie werben für den Kurs der Partei und geben der Parteiführung einen Einblick in die Befindlichkeit der Basis.

### **3 Gründe für die abnehmende Bindungskraft der Parteien**

Für die sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien werden vor allem Gründe genannt, die sich auf eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen beziehen. War die Mitgliedschaft in Massenorganisationen wie Parteien und Ge-

werkschaften als Form der politischen Partizipation zu verstehen, die durch große gesellschaftspolitische Entwürfe und Utopien gekennzeichnet, dem Zeitgeist der späten 60er und frühen 70er Jahre in besonderer Weise entsprach, so korrespondiert der Rückgang der Parteimitgliedschaften und das Aufkommen neuer, auf die Interessen einzelner zugeschnittener Partizipationsformen mit einem allgemeinen Trend zur Individualisierung. Die Erosion traditioneller sozialer Milieus führt zum Verschwinden von Konformitätsdruck und zum Wandel dominanter Parteibindungsmotive. Für die Mitgliedschaft in einer Partei verliert die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht oder Berufsgruppe an Bedeutung. Zugleich wird die Umsetzung individueller Interessen ein zunehmend wichtiges Motiv für aktive politische Partizipation. Dies erklärt die wachsende Bedeutung thematisch und/oder temporär begrenzter Formen politischen Engagements wie die Beteiligung an Bürgerinitiativen und die Mitgliedschaft in außerparlamentarischen Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International. Aber auch die Abkopplung der kommunalen Verwaltung von politischen Parteien ist in diesem Zusammenhang zu sehen. So besteht insbesondere in Baden-Württemberg eine jahrzehntelange Tradition der kommunalen Verwaltung durch parteifreie Wählervereinigungen, die offenkundig dafür verantwortlich ist, dass hier das parteipolitische Engagement insgesamt auffallend schwach ist. ③ Auch in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern, ist dieser Trend zur Abkopplung zu beobachten.

Dort kann eine Vielzahl von Faktoren zur Erklärung der geringen Mitgliederzahlen herangezogen werden. Die *neuen* Parteien besitzen hier kaum traditionelle Bindungskraft und konnten nicht über Jahrzehnte Mitglieder rekrutieren. Zudem ist die traditionelle Klientel der einzelnen Parteien hier nur schwach ausgeprägt. Die mangelnde demokratische Praxis und die weitgehende Unterdrückung von Interessensartikulation durch das SED-Regime spielen genauso eine wichtige Rolle wie die Enttäuschung vieler Hoffnungen, die hier mit der Wiedervereinigung verbunden waren.

#### **4 Die Parteien und ihre Mitgliederhochburgen ③**

Die SPD ④ und die CDU/CSU ⑤ sind mit Abstand die mitgliederstärksten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Auf 100 Bundesbürger kommt jeweils etwa ein Mitglied in beiden Gruppierungen. Mit der Wende löst die Union die SPD in ihrer Stellung als mitgliederstärkste Partei ab, was nicht zuletzt auf die Fusion der CDU mit verschiedenen Massenorganisationen der ehemaligen DDR zurückzuführen ist. Da die bestehenden Organisa-

tionsstrukturen in den Parteiapparat integriert werden konnten, weist die CDU im Osten eine relativ hohe Organisationsdichte auf.

Die SPD tat sich mit ihrer Schwesterpartei im Osten zusammen, die vom SED-Regime nicht unterstützt worden war, was die geringe Mitglieder- und Organisationsdichte der Partei im Osten erklärt.

Im Westen Deutschlands hat die Union ihre Gebiete mit der höchsten Mitgliederdichte in Nord- und Ostbayern, im Saarland, im Nordwesten von Rheinland-Pfalz und im Norden von Nordrhein-Westfalen.

Die SPD-Bezirke mit der höchsten Mitgliederdichte ziehen sich als Korridor vom Saarland und dem Südosten von Rheinland-Pfalz über Hessen bis zum Südosten von Niedersachsen. Einen wichtigen Schwerpunkt stellt auch das Ruhrgebiet dar. In diesen Gebieten haben die Parteien auch konstant sehr gute Wahlergebnisse vorzuweisen.

Während die Mitgliedschaften der großen Volksparteien noch stärker im traditionellen Erklärungszusammenhang von Konfessionszugehörigkeit, Position in der Arbeitswelt und Stadt-Land Gegensatz stehen, sind die räumlichen Verteilungsmuster der Mitglieder von FDP ⑥ und GRÜNEN ⑦ stärker über individuelle Interessenlagen und die Zugehörigkeit zu neuen Milieus begreifbar zu machen. Diese These wird von einigen Besonderheiten in der Mitgliederzusammensetzung dieser Parteien gestützt. Ein zentraler Punkt, der sie von den großen Volksparteien unterscheidet, ist das hohe Bildungsniveau ihrer Mitglieder. 57% der GRÜNEN und 48% der FDP-Mitglieder verfügen über einen höheren Schulabschluss, während es bei der Union nur 27% und bei der SPD 25% sind. In der Mitgliedschaft der FDP kommt der Berufsgruppe der Selbständigen besondere Bedeutung zu. Sie machen 27% der Mitglieder aus (SPD 7%), was als Beleg für die Rolle der Partei als Vertreter der "Besserverdienenden" gedeutet werden kann. Die GRÜNEN hingegen sind die Partei mit dem höchsten Beamten- und Angestelltenanteil (53%). Was diese Partei jedoch besonders auszeichnet ist die Tatsache, dass sie die einzige ist, die in den letzten Jahren eine positive Mitgliederbilanz und eine relativ günstige Altersstruktur aufweist. 75% ihrer Mitglieder sind 1994 unter 45 Jahre alt, der Rentneranteil liegt lediglich bei 7%. Diese Tatsache läßt vermuten, dass – dem allgemeinen Trend entsprechend – regionale Traditionen für die Mitglieder dieser Partei als Bindungsmotiv kaum eine Rolle spielt.

Als kleinere Parteien, die bundesweit spezielle Interessen vertreten, spielen regionale Schwerpunkte bei der Mitgliedschaft von FDP und GRÜNEN keine besondere Rolle. So hat die FDP sich weitgehend von ihren regionalen politischen Traditionen losgesagt und den massiven Mitgliederrückgang in Städten mit traditionell linksliberalem Bürgertum wie Bremen, Frankfurt, Wiesbaden, Wuppertal und Solingen genauso hin-

genommen wie den Verlust regionaler Bedeutung in Gebieten wie Oldenburg, Nordhessen und Nordwürttemberg, deren liberale Verwurzelung bis auf die Parteien der Weimarer Republik zurück geht.

Die GRÜNEN können vor allem dort, wo die von ihnen angesprochenen Themen besonders intensiv diskutiert werden, bedeutende Mitgliederzahlen und Zuwächse aufweisen. Insbesondere an Standorten von Hochschulen – gut zu erkennen in kleinen Studentenstädten wie Passau und Regensburg – und thematisch betroffenen Gebieten wie dem Naturpark Müritz im Nordosten oder dem Nationalpark Berchtesgadener Land im Südosten der Republik.

In den neuen Ländern konnten die Liberalen und die CDU durch die Fusion mit ehemaligen Blockparteien erhebliche Mitgliederzuwächse verbuchen. Allerdings weist die ungünstige Altersstruktur auf einen fortgesetzten Rückgang in der Zukunft hin. Die West-GRÜNEN bildeten Anfang der 90er Jahre eine Union mit der Bewegung der Ost-GRÜNEN und dem Bündnis 90. Diese Gruppierungen standen in Opposition zum SED-Regime und waren entsprechend schlecht organisiert, was sich im Mitgliederbestand der Ost-GRÜNEN spiegelt.

Die PDS ® nimmt als Nachfolgepartei der SED und eigenständige Ostpartei eine Sonderrolle im deutschen Parteiensystem ein. Trotz positiver Mitgliederentwicklung im Westen und rückläufigen Zahlen im Osten besteht eine extreme regionale Verwurzelung. 98% der Parteimitglieder sind in den neuen Bundesländern ansässig, die ehemaligen Industriestädte, die heute durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, bilden die Hochburgen. Ein weiteres auffälliges Merkmal besteht in der überaus ungünstigen Altersstruktur der Mitglieder dieser Partei. Zwei Drittel haben kein eigenes Einkommen (mehr) und 70% der Mitglieder sind 1994 über 55 Jahre alt, was einen weiterhin kontinuierlichen Rückgang der Zahlen vermuten läßt.

Die wenigen Mitglieder, welche der Partei im Westen Deutschlands anhängen, sind über das ganze Bundesgebiet verteilt und auf die größeren Städte konzentriert, was auch daran liegt, dass die Partei nur dort organisiert ist. Zudem weist die West-PDS eine vom Osten ganz unterschiedliche Mitgliederstruktur auf. Frauen sind deutlich unterrepräsentiert, das Durchschnittsalter liegt bei etwa 30 Jahren und die Gruppe der 18 bis 20jährigen ist besonders stark vertreten.

Die räumliche Verteilung von Parteimitgliederzahlen sowie die Mitglieder- und Organisationsdichten der Parteien in verschiedenen räumlichen Einheiten ist ein Thema, zu dem die Politikforschung erstaunlich wenig Informationen und Erklärungen liefert. Die hier ins Feld geführten Interpretationsansätze erklären die Zusammenhänge nur in groben Zügen und haben einen eher vorläufigen Charakter. Einer Reihe von räumlichen Regel-

mäßigkeiten, wie beispielsweise den komplementären Mustern der Mitgliederdichten von CDU und SPD in den neuen Bundesländern, konnte nur mit Spekulationen begegnet werden und der Zusammenhang historischer, demografischer, ökonomischer und ökologischer Faktoren, in dem Persistenz und Erosion räumlicher Muster stehen, verdient gewiss nähere Betrachtung. Es bleiben eine Reihe von Fragen ungeklärt und die Interpretation der hier dargestellten Verteilungen eröffnet ein interessantes Feld für die geographische Regionalforschung, das nach interdisziplinären Ansätzen und Kooperationen verlangt.

## **5 Methodischer Hinweis zu den Karten ④–⑧**

Anders als bei einheitlichen Kartenreihen üblich, musste im vorliegenden Fall der Maßstab für die Zahl der Mitglieder wegen der großen Spannweite der Mitgliedszahlen für die großen und kleineren Parteien unterschiedlich definiert werden. Auch die Kategorien für die Mitgliederdichte variieren, denn die jeweils fünf Farbkategorien wurden in allen Karten so gewählt, dass jede Kategorie mit gleich vielen Fällen besetzt ist.

## **Weiterführende Literatur**

- GABRIEL, O. W., O. NIEDERMAYER, R. STÖSS (Hrsg.) 1995: Parteiendemokratie in Deutschland. Opladen.
- NEUGEBAUER, G., R. STÖSS 1996: Die PDS: Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten. Opladen. (=Analysen, 54)
- NIEDERMAYER, O., R. STÖSS (Hrsg.) 1994: Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen.
- OBERNDÖRFER, D., K. SCHMITT (Hrsg.) 1991: Parteien und regionale politische Traditionen in der BRD. Berlin. (= Ordo Politicus, Bd. 28)